

Was hiesige Abgeordnete von der Wahlrechtsreform halten

Vorerst keine Verringerung der Wahlkreise / Kompromiss der Großen Koalition kommt nicht überall gut an

Von Ilias Subjanto

DELMENHORST Nach zähem Ringen hat sich die Große Koalition auf eine Wahlrechtsreform geeinigt. Das Dk hat sich bei den drei Abgeordneten des Bundestagswahlkreises Delmenhorst-Wesermarsch-Oldenburger-Land erkundigt, was sie von diesem nach langem Streit ausgehandelten Kompromiss halten.

Die Wahlrechtsreform soll eine Aufblähung des Deutschen Bundestags verhindern – das Parlament hat eine Sollgröße von 598 Abgeordneten, derzeit sind es 709, ohne Reform könnten es nach der nächsten Bundestagswahl über 800 werden. Der Kompromiss von Union und SPD sieht zwei Stufen vor: Zunächst sollen bei der Wahl 2021 bis zu drei Überhangmandate nicht mehr ausgeglichen, zudem Überhangmandate einer Partei teilweise mit ihren Listenmandaten verrechnet werden.

Der nächste, weitreichendere Schritt soll zur Bundestagswahl 2025 erfolgen. Dann ist die von den meisten Bundestagsparteien geforderte Verringerung der Wahlkreise geplant, von aktuell 299 auf 280. Hierzu will die Regierungskoalition eine Reformkommission bilden.

„Ich habe mir von Anfang an eine größere Reform gewünscht“, teilt Astrid Grotelüsch von der CDU mit. Sie hatte für einen „Kompromiss zwischen einer maßvollen Reduzierung der Direktmandate und der Überhang- und Ausgleichsmandate“ geworben. Da jedoch eine Reform, insbesondere ein Neuzuschnitt von Wahlkreisen in Niedersachsen, verfahrenstechnisch und rechtlich gesehen aufwendig sei, habe sie eine Einigung für 2021 schon fast nicht mehr für möglich gehalten, so Grotelüsch weiter. Für sie handele es sich um eine kleine Reform, die aber immerhin einen An-

fang darstelle. „Aus meiner Sicht ist es ein erster Schritt, der aber unbedingt fortgeführt werden muss“, sagt die CDU-Abgeordnete.

Dass es zunächst keine Verringerung der vorhandenen Wahlkreise geben wird, hält die SPD-Bundestagsabgeordnete Susanne Mittag aktuell für richtig. „In vielen Wahlkreisen sind die Prozesse für die Nominierungen von Kandidatinnen und Kandidaten bereits in vollem Gange“, erläutert sie, die Zeit bis zur Bundestagswahl sei schlicht zu kurz, um nun Einschnitte zu machen. Außerdem sei gerade der hiesige Wahlkreis schon jetzt flächenmäßig groß. Ihrer Meinung nach könnte eine Zusammenlegung mit Teilen anderer Wahlkreise auch immer zur Folge haben, dass die Vertretung der Bürger und die praktische Problemlösung vor Ort darunter leiden würde. Mit Hinblick auf die beabsichtigte Reduzierung der Wahlkreise

bis 2025 appelliert sie an die Experten der Reformkommission, die neuen Wahlkreise sinnvoll zuzuschneiden, um die Erreichbarkeit der gewählten Volksvertreter und deren Kontakt zu den Bürgern zu gewährleisten.

Mittag räumt ein, dass die vorgesehenen Änderungen zur kommenden Wahl nur geringfügige Änderungen mit sich brächten. „Die Einigung

auf eine zweistufige Reform war sehr schwierig, ist aber jetzt der beste Kompromiss zwischen den Koalitionspartnern“, fügt sie hinzu und betont wie Astrid Grotelüsch, dass es ein erster entscheidender Schritt sei, ein weiteres Anwachsen des Bundestags bereits 2021 zu deckeln.

Der Delmenhorster FDP-Abgeordnete Christian Dürr sieht den Kompromiss der Re-

gierungsparteien sehr kritisch. „Was die Große Koalition diese Woche vorgelegt hat, ist keine Wahlrechtsreform, sondern ein schlechter Scherz. Statt einer Reduzierung der Wahlkreise gibt es nun einen neuen Arbeitskreis“, schimpft er. Zum Hintergrund: Bereits im Vorjahr hatten FDP, Linkspartei und Grüne einen gemeinsamen Gesetzesentwurf vorgelegt, die Zahl der Wahlkreise von 299 auf 250 zu senken.

„Die Reform wurde erneut verschleppt und stattdessen lediglich eine Dämpfungsmaßnahme eingeführt, die wohl insbesondere zum Vorteil der Union sein wird“, so Dürr weiter. Er gehe jetzt davon aus, dass das Parlament nach der Bundestagswahl 2021 so groß sein wird wie nie zuvor. „Union und SPD haben es nicht geschafft, über ihren Schatten zu springen, um das zu verhindern. Das hat das Vertrauen in die Politik schwer beschädigt“, sagt der FDP-Abgeordnete.



Der Bundestag soll kleiner werden – nur wie? FOTO: MICHAEL KAPPELER/DPA